

Hartz IV: Armut und Wohnungslosigkeit per Gesetz, Kurzprotokoll

Datum: Samstag, 17.10.2009,
Zeit: 11:30 – 13:10 Uhr;
Ort: St. Johannis-Kirche, Hitzacker
Thema: Hartz IV: Armut und Wohnungslosigkeit per Gesetz. Protest und Widerstand.
Teilnehmer: etwa 30 Menschen, weitgehend Hartz IV betroffen, darunter Teilnehmer der Plattengruppe Köpenick, Initiative gegen Zwangsumzüge
Moderation/ Protokoll: Dr. Stefan Schneider

Einstiegsfrage: Mit der Perspektive: Ein andere Welt ist möglich, ist Armut dann nur eine Frage des Geldes oder welche Dimensionen hat die Armut? In der Diskussion wird genannt: Armut geht oft einher mit Perspektivlosigkeit, gesellschaftliche Teilhabe ist schwierig, weil Geld fehlt.

Die Diskussion focussiert sich um sehr praktische Fragestellungen der DiskussionsteilnehmerInnen. Wer Hartz IV bekommt, bekommt häufig dazu ein Wohnungsproblem, da Wohngröße bzw. die maximalen Wohnkosten festgelegt ist. Mit einher geht die Residenzpflicht, d.h. die Verfügbarkeit gegenüber dem "Arbeitsmarkt". In der direkten Auseinandersetzung mit den Behörden und dem System fühlen sich die Arbeitslosengeldbezieher schnell als Menschen Dritter Klasse. Die Tatsache, dass immer weniger (bezahlte) Arbeit vorhanden ist, gehört zu den weiteren Ursachen der Verarmung breiter Schichten der Bevölkerung.

Bei dem Versuch, Forderungen innerhalb des Sozialforum aufzustellen, wird von den TeilnehmerInnen genannt:

- Ein Grundeinkommen würde helfen, aus der Bevormundung durch Ämter und Gesetze herauszukommen.
- Mindestens aber – und möglicherweise auch unanhängig davon - sollten bedarfsorientierte Leistungen für besondere Lebenssituation hinzutreten.
- Die Forderung nach einem Recht auf Arbeit in Form eines Rechts auf einen Arbeitsplatz trifft auf erheblichen Widerstand, da dies sehr schnell in eine Arbeitspflicht umschlagen könnte. Allerdings war dieser Vorschlag – alle sollen einen Arbeitsplatz "beantragen", auch nur als symbolische Aktion gemeint.
- Ein würdevolles Leben führen zu können, ist für die Arbeitenden nur mit einem Mindestlohn möglich, im Hartz IV Bereich ist es erforderlich, einen höheren Regelsatz einzufordern, denn der gegenwärtige reicht bei weitem nicht aus.
- Hinzutreten kann die Idee der Selbstorganisation der Armen und Hartz IV-Beziehenden. Dafür wäre das Internet unter anderem ein geeignetes **Mittel**. Selbsthilfegruppen können überall gebildet werden.
- Es gibt in einzelnen Parteien durchaus BündnispartnerInnen.
- Auch auf die Verwaltung der JobCenter kann Einfluß genommen werden. Bislang sind beispielsweise kaum Erwerbslose in den Beiräten der JobCenter vertreten.
- Gefordert werden keine weitere Kürzungen und keine weiteren Sanktionen nach § 31 SGB II – dazu gibt es gegenwärtig auch eine Petition (<http://www.sanktionsmoratorium.de/>).
- Die Ergebnisse dieses Workshops sollen innerhalb des Sozialforums bekannt gemacht werden.
- Keine Kriminalisierung der Menschen,, die sich gegen Hartz IV und Ausgrenzung einsetzen
- Arme Menschen sollten sich nicht gegenseitig – z.B. an den Tafeln – bekriegen,
- Keine Zwangsarbeit
- Recht auf Wohnen

Das Protokoll dieses Workshops soll Bestand der Ergebnisse des Sozialforums sein. Hingewiesen wird auf das Europäische Sozialforum ESF in Istanbul 2010 (Juni/Juli), wo diese Diskussion auf europäischer Ebene weiter geführt werden kann. (http://sfid.info/e_sf/2010.esf.00/index.html)

Für das Protokoll: Dr. Stefan Schneider